

Kai Merkel: Begründung meines Austritts aus den LINKEN

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde und Freundinnen,

mit Bedauern erkläre ich heute meinen Austritt aus der Partei DIE LINKE. Für mich war die Partei seit 2017 mein politisches Zuhause, für das ich mich mit vollem Einsatz engagiert habe. Ich habe meine Energie, Freizeit und Wochenenden für die Partei geopfert, in den Gremien und im Straßenwahlkampf für eine bessere, gerechtere Politik gekämpft. Es hat mir immer viel Spaß gemacht, Menschen von unserem guten und sozialen Programm zu überzeugen, egal ob im Wahlkampf, oder während Ausschussdebatten. Der Schritt auszutreten ist mir wirklich nicht leichtgefallen und ich bedauere sehr, dass es jetzt soweit gekommen ist. Warum also jetzt der Austritt?

Unsere Partei befindet sich seit Jahren in einer Krise. Dies zeigen die sinkenden Mitgliederzahlen als auch die Wahlergebnisse. Bei den Landtagswahlen in Hessen im Oktober, ist DIE LINKE aus dem letzten Parlament in Westdeutschland geflogen. In Hessen wählten nur noch 2% der ArbeiterInnen DIE LINKE, aber 40% die AfD. Parallel holte unsere Partei bei der Landtagswahl in Bayern zwar 10% der Stimmen von gut gebildeten Akademikerinnen in München, im Rest Bayerns wählte die Partei mit 1,5% aber kaum noch irgendjemand. Dieses Wählerverhalten lässt sich auch auf andere Bundesländer übertragen. Unsere Partei wird nur noch von gutverdienenden, gebildeten Menschen in Großstädten gewählt und solche Menschen bestimmen in den Bundes- und Landesgremien auch mittlerweile den Kurs der Partei. Die Partei hat sich abgewandt von den normalen Menschen in unserer Gesellschaft um den wohlhabenden, progressiven Grünen-Wähler für sich zu gewinnen. Diese „bürgerlichen“ Wähler gehören zu den wenigen Gewinnern unserer Gesellschaft, d.h. sie stören sich weniger an Wirtschaftssanktionen und steigenden Preisen, fordern aber stattdessen, dass die Menschen in Deutschland und oft auch dem Rest der Welt nach ihren Wertvorstellungen leben.

Die Strategie, diese Wählergruppe zu erreichen, obwohl sie laut der Wahlergebnisse sichtbar gescheitert ist, wird von unserem Parteivorstand seit Jahren stur weiterverfolgt. Am Wahlabend der verlorenen Landtagswahlen schob unser Parteivorsitzender daher die Schuld für das Ergebnis alleine einer Person, Sahra Wagenknecht, in die Schuhe, obwohl diese sich weder in Hessen noch in Bayern im Wahlkampf engagiert hat und sich auch sonst immer noch strikt an die Kernwerte von Frieden und sozialer Gerechtigkeit unserer Partei hält. Eine Selbstreflexion, Rücktritte aufgrund verlorener Wahlen, gar eine Debatte zum Kurs der Partei, finden bei uns nicht mehr statt. Mehr noch, GenossInnen die dies fordern, werden ausgegrenzt und ihnen wird nahegelegt, die Partei zu verlassen. Mit Pluralismus und dass man Konflikte solidarisch mit Kompromissen löst, etwas was ich früher an unserer Partei sehr geschätzt habe, hat das nichts mehr zu tun. Dieser zerstörerische Kurs der Partei, ein fehlendes Umdenken sowie der Umgang untereinander ist für mich nicht mehr tragbar.

Im letzten Herbst und Winter stand ich noch jeden Samstag in Wuppertal mit einem Infostand auf der Straße, um Verhandlungen im Ukraine-Krieg sowie ein Ende der breiten Wirtschaftssanktionen zu fordern, die unsere Bevölkerung verarmen. Ich wollte den Menschen in Wuppertal zeigen, dass es eine Alternative zur Wirtschaftskriegs- und Kürzungspolitik der Ampel gibt. Als dann aber unser halber Parteivorstand sowie ein linker Ministerpräsident in den Medien Waffenlieferungen in das Kriegsgebiet Ukraine befürwortet hat, war es mit unserer Glaubwürdigkeit vorbei und ich habe mich verraten gefühlt. Noch schlimmer war dann die öffentliche Diffamierung der großen Friedensdemo „Aufstand für Frieden“ in Berlin am 25.02.23 durch Parteivorsitzende und Parteivorstand. Dabei hatte unsere Parteibasis noch auf dem Bundesparteitag im Sommer unsere friedenspolitischen Forderungen aus dem Erfurter Programm bekräftigt und Waffenlieferungen abgelehnt. Aber was die Basis will, ist für den Parteivorstand anscheinend nicht bindend. Derselbe Parteivorstand beschließt

jedoch einstimmig, Sahra Wagenknecht aus der Partei zu drängen, weil diese sich angeblich nicht an das Programm von DIE LINKE hält? Wie passt das zusammen?

Für die kommende EU-Wahl haben sich unsere Parteivorsitzenden wieder über Basisgremien hinweggesetzt und Menschen auf die vorderen Plätze der EU-Wahlliste gesetzt, die bereits Wahlkampf machten, ohne auf dem Bundesparteitag von den Mitgliedern demokratisch gewählt worden zu sein. Von den nun gewählten vier Spitzenkandidaten tritt alleine Özlem Demirel (MdEP) glaubwürdig dafür ein, keine Waffenlieferungen in Kriegsgebiete zu senden, wie es unser Programm fordert.

Die „Erneuerung der Partei“ welche vom Parteivorstand seit Jahren vorangetrieben wird, ist der verzweifelte Versuch anschlussfähig zu bleiben an die Rot/Grünen Parteien, die sich der NATO unterworfen haben und Aufrüstung betreiben. Deshalb wird in unserem neuen Europawahlprogramm auch kein Austritt aus der NATO mehr gefordert, dafür aber neue Wirtschaftssanktionen. Man will akzeptiert werden, von Mainstream-Presse, potentiellen Koalitionspartnern und letztendlich dem bürgerlichen Grünen-Wähler. Dafür wird unser gutes, soziales Erfurter Grundsatzprogramm geschliffen, beziehungsweise nur noch die Themen aus unserem Wahlprogramm in den Vordergrund gestellt, welche diesen akademischen, urbanen Wählern wichtig sind. Dies sind Öko-, Moral- und Identitätsthemen.

Ich bin nicht dazu bereit, diesen Schritt mitzugehen und DIE LINKE ist nicht mehr die Partei, in welche ich eingetreten bin. Ich will mich auch zukünftig weiterhin für die Menschen engagieren, die nicht von der Politik der Ampel profitieren. Für diejenigen die trotz harter Arbeit nur schwer über die Runden kommen, die an Mieten, Energie- und mittlerweile leider auch Lebensmittelpreisen verzweifeln. Das kann ich in unserer Partei mit diesem Parteivorstand nicht mehr, und deshalb erkläre ich heute meinen Austritt. Ich bedanke mich ganz herzlich bei den Menschen, die mir über die Jahre ihr Vertrauen und ihre Stimme gegeben haben, die mit mir tolle Gespräche am Infostand geführt haben und für welche wir hier in Wuppertal Politik gemacht haben. Ich werde auch weiterhin für eine gerechtere, soziale und friedliche Politik für euch kämpfen, aber nicht mehr in dieser Partei.

Wuppertal, 12. Dez. 2023

Dr. Kai Merkel (ehem. Kreissprecher DIE LINKE. Wuppertal)